

AUFBAU- UND ABZUGSPERSPEKTIVE FÜR AFGHANISTAN

DAS DURCHWURSTELN IN AFGHANISTAN MUSS EIN ENDE HABEN. DIE MENSCHEN IN AFGHANISTAN, DEUTSCHLAND UND ANDEREN PARTNERSTAATEN WOLLEN WISSEN, WIE ES WEITER GEHT. DIE ZEIT DRÄNGT.

Die Bundeswehr ist – basierend auf einem UN-Mandat – in Afghanistan um die afghanische Regierung zu unterstützen. Sie soll dazu beitragen ein sicheres Umfeld für zivile Helfer zu schaffen und den Schutz der Bevölkerung zu gewährleisten. Die Bundeswehr ist keine Besatzungstruppe. Sie führt keine eigenständigen Militäraktionen durch, sondern unterstützt die afghanischen Sicherheitskräfte bei der Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols.

Wir GRÜNE stehen zur Verantwortung für Afghanistan und zu einem Engagement, das den Aufbau des Landes in den Mittelpunkt stellt. Wir wissen, dass die Konflikte in Afghanistan militärisch nicht zu lösen sind. Wir kritisieren die Regierung Merkel-Steinmeier für eine falsche Strategie: für das Versagen beim Polizeiaufbau, für das unzureichende zivile Engagement sowie für eine unklare Informationspolitik. Wir fordern daher einen Strategiewechsel, damit der Schutz der Bevölkerung höchste Priorität hat und der Wiederaufbau vorankommt.

Für uns gehören Aufbau und Abzug zusammen. Im Rahmen einer zivilen Aufbauoffensive muss der schrittweise Abzug internationaler Truppen in der kommenden Legislaturperiode 2009-2013 in die Wege geleitet werden.

Die Partei „Die Linke“ behauptet, mit ihrer Raus-Forderung den Schlüssel zur Kriegsbeendigung zu haben. Das ist grundfalsch. Ein Sofortabzug hätte eine Eskalation von Gewalt und Krieg zur Folge, wäre ein Kriegsbeschleunigungsprogramm sondergleichen – und obendrein ein Destabilisierungsschub für das wackelige Pakistan.



WICHTIG IST UNS VOR ALLEM:

› Schluss mit kontraproduktiven Militäraktionen!

Afghanische und internationale Sicherheitskräfte müssen Opfer unter der Zivilbevölkerung vermeiden. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und die Regeln des Humanitären Völkerrechts müssen eingehalten werden. Außerhalb von ISAF darf es keine parallelen oder geheimen Militäroperationen geben. Der Luftangriff vom 4. September auf den Tanklastzug in Kundus ist eine menschliche Katastrophe und verschärft den Konflikt im Einsatzgebiet der Bundeswehr drastisch. Verteidigungsminister Jung erweist sich erneut seinem Amt nicht gewachsen. Seit Tagen verweigert er sich den Realitäten. Er gibt Durchhalteparolen und ergeht sich in Schönrederei. Wir fordern von der Bundesregierung bedingungslose Aufklärung.

› Zivil vor Militär!

Die Unterstützung beim zivilen und entwicklungspolitisch orientierten Aufbau, insbesondere in den Bereichen Bildung, Landwirtschaft und Infrastruktur muss sofort massiv ausgebaut werden.

› Mehr Polizei!

Europa muss hierfür 2000, Deutschland dabei 500 Polizeikräfte zur Verfügung stellen, damit die Afghanen zügig selbst für ihre Sicherheit Sorge tragen können.

› Mehr afghanische Eigenverantwortung!

Die Afghanen müssen in Schlüsselbereichen mehr Eigenverantwortung übernehmen. Korruption und Vetternwirtschaft müssen beendet, die Zusammenarbeit mit friedensbereiten oppositionellen Kräften gesucht werden.

› Unabhängige Kommission

Nach der Wahl sollte der Bundestag und die Bundesregierung - analog zum kanadischen Modell - eine überparteiliche Kommission zur Evaluierung und Bilanzierung des Afghanistaneinsatzes einsetzen. Aufbauend auf den Ergebnissen der Kommission soll ein ziviler Aufbauplan mit konkreten und überprüfbaren Zwischenzielen entwickelt und darauf basierend eine militärische Abzugsperspektive entwickelt werden. Diese soll im Laufe der Legislatur eingeleitet werden.

› Regionales Friedens- und Stabilitätsabkommen

Internationale Verhandlungen mit allen Nachbarstaaten (auch Iran) über ein Friedens- und Stabilitätsabkommen in der Region, damit Afghanistan nach einem Truppenabzug nicht zum Spielball seiner Nachbarn wird.